Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich bei frei Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark) durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güntzerstraße 3, I. Fernsprecher: 17 206. ★ Redaktion Dresden-A., Güntzerstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 854 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 20 Goldpfennige für die Reklamezeile entschließend an den bezeichneten Tagesteilen ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 10. September 1925 | Nummer 127

Eine völkische Mordorganisation ausgehoben

Amerikaner als Leiter — Die Dawesierung gegen die Arbeiter

Berlin. (Eigene Meldung.) In den Bezirken Charlottenburg, Wedding und Moabit sind soeben mehrere Geheimbünde ausgehoben worden. Es handelt sich vorläufig um drei Organisationen: Wiking, Germania und Hermdall. Die Mitglieder verpflichten sich zu „unbedingtem Gehorsam", treiben „arische Kultur" und haben ausgesprochen deutschvölkischen Einschlag. Besonders betont wird der „aggressive Antisemitismus". In benutzter Anlehnung an die amerikanische Faschistenorganisation „Ku-Klux-Klan", die von der amerikanischen Schwerindustrie finanziert wird, nehmen Formalitäten einen großen Raum ein. Die Eidesleistung allein dauert über eine halbe Stunde. Leiter sind drei Amerikaner, von denen zwei Pastoren und einer Student sind. Bis jetzt sind ungefähr 40 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Haussuchungen und Vernehmungen dauern noch an.

Wie wir ferner erfahren, gelangte die Polizei auf die Spur dieser Mörderorganisation bei einer Haussuchung in der Wohnung eines jungen Mannes, der spurlos verschwunden war und der bis heute noch nicht aufgefunden wurde.

Zweifellos handelt es sich um einen der Fememorde der Völkischen, die wahrscheinlich in viel stärkerer Zahl, als bisher angenommen wurde, verübt worden sind. Die Mitglieder dieser Organisation müssen sich, wie aus aufgefundenen Papieren zu ersehen ist, bei der Eidesleistung verpflichten, für einen etwaigen Verrat den Tod auf sich zu nehmen.

Die Vereidigung geschieht in der Maskierung des Ku-Klux-Klan vor einer schwarz-weiß-roten Fahne mit Hakenkreuz. Unter den Verhafteten befinden sich nicht nur jüngere Leute, sondern auch Personen im vorgeschrittenen Alter. Außer Papieren und Protokollen wurden zahlreiche Waffen gefunden. Die Mitglieder stammen ausnahmslos aus völkischen Kreisen. So rüstet die deutsche Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft. Unter der Leitung der amerikanischen Geldgeber bereitet sie Erdrosselung der Arbeiterbewegung vor. Von den „völkischen Nationalisten" sollen unter der Führung amerikanischer Fronvögte die Profite der deutschen und amerikanischen Sklavenhalter vor dem Ansturm der Massen gerettet werden. Das ist die Antwort des nationalen Bürgertums auf die Bewegungen der werktätigen Massen!

Einheitliche Kampffront der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn und Reichspost

Die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft wollen im Laufe dieser Woche nochmals zu einer Beratung zusammenkommen, um darüber zu entscheiden, ob sie noch einmal wegen der schon längst fälligen Gehaltserhöhung an das Reichsfinanzministerium herantreten werden.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen bei der Reichspost sind am Montag den 7. September resultatlos abgebrochen und bis zur Erledigung der neuen Schlichtungsverhandlungen zwischen Reichsbahn und Eisenbahnarbeiter vertagt worden.

Die Eisenbahnbeamten-Organisationen haben am Dienstag den 8. September beschlossen, zunächst den Ausgang des Lohnkonflikts zwischen Reichsbahn und Eisenbahnarbeiter abzuwarten, bevor sie in der Besoldungsfrage einen Schritt weitergehen.

Die gesamte Beamtenschaft, die Handwerker und Arbeiter der Reichspost und die Eisenbahnbeamten sind sich also einig, daß die Löhne und Gehälter unbedingt erhöht werden müssen. Dieselbe Einmütigkeit besteht aber auch darüber, daß zunächst einmal abgewartet wird, ob die Eisenbahnarbeiter etwas herausholen. Das ist eine sehr bequeme Gewerkschaftspolitik. Die Reichsbeamten, die Postler und Eisenbahnbeamten lassen sich von den Eisenbahnarbeitern die Kohlen aus dem Feuer holen. Etwas Ganzes kann dabei natürlich nicht herauskommen. Denn die Eisenbahnarbeiter sind allein zu schwach, um für das riesige Beamtenheer und die ganze Reichspost die Besoldung zu regeln. Wenn die Beamten einsehen, daß ihre Gehaltsregelung abhängig ist von Lohnerhöhungen der Eisenbahnarbeiter, dann sind sie auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Eisenbahner ihren Kampf gewinnen. Die Eisenbahnarbeiter stehen einer geschlossenen Front der Reichsbahnverwaltung, Schwerindustrie und Reichsregierung gegenüber. Diese Tatsache wird selbst der klügste Eisenbahn- oder Postbeamte nicht mehr bestreiten können.

Wenn die Beamten eine Gehaltsaufbesserung haben wollen, dann müssen sie sofort mit den Eisenbahner-Organisationen eine einheitliche Kampffront bilden, und in kurzer Zeit ist das Ziel erreicht.

Vorbereitungen zum Sicherheitspakt

Genf, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Von seiten der englischen Delegation des Völkerbundes wird mitgeteilt: Heute vormittag fand die erste offizielle Zusammenkunft der Außenminister Chamberlain, Vandervelde und eines ersten italienischen Delegierten im Völkerbund mit 3 Sachverständigen Englands, Frankreichs und Belgiens statt. Von seiten der drei Außenminister wurde offiziell festgestellt, daß die Länder durch ständige Besprechungen mit dem Ministerialdirektor Gaus einen sehr wichtigen Fortschritt in den Verhandlungen über den Sicherheitspakt brachten, so daß eine Besprechung mit Stresemann die beste Aussicht auf Erfolg hätte. Die drei Außenminister faßten den Beschluß, an die Reichsregierung mit der Aufforderung heranzutreten, an der Konferenz teilzunehmen, die voraussichtlich in Marseille stattfinden soll.

Die Arbeiterschaft bezieht Stellung

Zum englischen Gewerkschaftskongreß, der am 7. 9. in Scarborough eröffnet wurde, schreibt der sozialdemokratische „Daily Herald" unter dem vorstehenden Titel über die neue Strategie, die notwendig sei, um die Krisis zu beenden. Es kracht im kapitalistischen Gebälk, sagt er in einem Untertitel. 800 Delegierte zum Parlament der Industriearbeiterschaft haben sich in Scarborough versammelt. Alle in größter Erwartung eines interessanten und fruchtbaren Gewerkschaftskongresses. „Daily Herald" meint, daß unzweifelhaft heftige Debatten stattfinden werden, aber die Hoffnung der Ausbeuterpresse, daß die Gewerkschafter sich zerzanken und zersplittern werden, werde enttäuscht werden. Der Kongreß wird präsidiert von A. B. Swales. Im Bureau des Kongresses sitzen die hervorragendsten Gewerkschaftsführer. Georges Hicks sagte, die Armee der Arbeiterschaft werde von Tag zu Tag stärker und mächtiger. Die neuen Kompetenzen, die der Kongreß von Hull vor einem Jahr dem Generalrat verlieh, wurden benützt, um aus allen Kräften der Arbeiterschaft die Besten herauszuziehen und zum Kongreß zu versammeln zur Beratung der neuen Strategie, d. h. der neuen Methode, die Kämpfe zu führen, die als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung steht. „Glänzende Resultate", sagte Hicks, wurden schon erreicht und die Herbstzeit arbeitet für uns. Die Privatunternehmen sind im Zusammenbruch, und fast in jeder Industrie lassen sich schon große Spalten und Risse erkennen. Unsere Bewegung muß fest zusammengefaßt werden, einig und solidarisch. Die Versuche, unsere Kräfte zu spalten, dürfen absolut nicht ermutigt werden. Alle Teile der Kampfführung müssen in einer zentralen, festen Führung zusammengefaßt werden. Schwer ist der Kampf, aber wir werden siegen. Der Gewerkschaftsführer Purcell sprach von der Notwendigkeit einer machtvollen, wirklich internationalen Arbeiterorganisation, die dem zunehmenden Chaos im kapitalistischen Wirtschaftssystem ein Ende bereite. Der Zusammenbruch des Kapitalismus, sagte Purcell, sei jetzt so offensichtlich, daß er in jedem Industrieland zu einem brennenden Problem werde. „Nicht nur der britische Kapitalismus wälzt sich im Chaos, alle europäischen kapitalistischen Länder sind in einem gleichen Schlamassel." So wird dies zu einem Weltproblem, das die organisierte Arbeiterklasse fest ins Auge fassen muß, und der Gewerkschaftskongreß von Scarborough wird von größter geschichtlicher Bedeutung sein, wenn er den Weg weist, der zur Schaffung einer eisernen internationalen Arbeiterarmee führt.

Ben Tillet behandelte in einer Ansprache die wirtschaftliche Wirksamkeit der internationalen Hochfinanz und erklärte, daß die Entwicklung des Kapitalismus längst denselben über lokale und nationale Grenzen hinausgetrieben habe. Heute seien die Industriekapitäne und die Industrieunternehmer nur noch Hampelmänner in der Hand der internationalen Finanzbarone, die weniger Gewissenhaftigkeit als Schurkerei besäßen.

Der Gewerkschaftsführer John Hill erinnerte daran, daß der englische Innenminister einer Arbeiterdelegation schnoddrig erklärte: „England ist kein sozialistisches Land". „Unglücklicherweise", sagte John Hill, „ist diese Feststellung richtig, und ich will hoffen, daß alle Genossen und Genossinnen, die hier sind, die aber nicht Sozialisten sind, sich merken werden, daß sie verantwortlich sind, als Nichtsozialisten für die schandbaren Lebensbedingungen des Proletariats für all ihr Elend und ihre Entwürdigung, die heute in England herrschen."

Der Antrag auf Verschmelzung abgelehnt

London, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Gewerkschaftskongreß in Scarborough wurde der Antrag auf Verschmelzung der Gewerkschaften zu einer einzigen großen Gewerkschaft mit 400 000 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Ein Appell der KPE. an den Kongreß

Scarborough, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Zentralkomitee der KP. Englands erklärte in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses, daß die Regierung beschlossen habe, die KP. Englands wegen einer Aufforderung an die organisierte Arbeiterschaft zwecks Aufklärung der in Heer und Marine Arbeitenden über Einstellung zu den bevorstehenden Arbeitsstreitigkeiten zu bekämpfen. Die KP. fordert den Kongreß auf, das Recht der Arbeiter auf Aufklärung ihrer Brüder in Heer und Marine zu wahren.

„Göttlicher" Kuhhandel

(Zum reaktionärsten aller Schulgesetze.)

Die christlich-sozialdemokratische Saat von Weimar geht auf. Das Zentrum erhandelte sich die Schule damals von der Sozialdemokratie durch das herrliche Schulkompromiß, klug darauf verzichtend, es sofort voll zur Ausführung zu bringen. Man überließ das einem zu schaffenden Reichsschulgesetz. Niemand wagte in der Zeit inner- und außenpolitischer Spannungen die heikle „Kulturkampffrage" anzurühren. Man wollte erst festen Boden unter den Füßen haben. In Bayern fühlte man sich am ersten sicher. Man schuf das bayrische Konkordat, dem das Reichsrecht entgegenstand. Nun: bayrische Generäle hatten dem Reich den Gehorsam verweigert, sollten das die Pfaffen nicht auch bringen? Und siehe da, die Reichsregierung machte ihre Verbeugung und drückte beide Augen zu.

In Leipzig hallten Ostern dieses Jahres 5000 sächsische Lehrer ihre Faust gegen die bayrische Pfaffendiktatur, es war kurz vor der Präsidentenwahl. Weiß nicht, wieviel deutsche Lehrer „das kleinere Uebel", Herrn Dr. Marx, gewählt haben! Der „Retter" siegte damals. Die christlichen Vaterländler, Aufwertungsfreunde jubelten. Die Aufwertung wurde zur Verhöhnung der Sparer, dafür gab es Steuern und Zölle in Fülle. Und siehe da: Nach der Pleite der „Großen Koalition" schwenkte das Zentrum des Herrn Präsidentschafts-Kandidaten ins Lager des „Retters" der Zollfreunde, kaum ein Vierteljahr nach der SPD.-Parole: Wählt Marx! Aber so etwas tut das Zentrum nicht, ohne den nötigen Gotteslohn von den neuen Bundesgenossen zu fordern. Der „göttliche" Kuhhandel kam zustande. Das christliche Zentrum gestattete den Kohl-, Kohlen- und Schlotbaronen die Ausplünderung des frommen Kirchenvolkes, der breiten Massen und erkaufte sich dafür die Himmelsgabe der christlichen Bekenntnisschule unter Vorherrschaft der Kirche. Ekelhaft ist dieser erbärmliche Schacher um die Seelen und Heller des Proletariats. Diese teutsche Ehrenhaftigkeit, diese christliche Moral, diese „Nibelungentreue" im Stile des Siegfried-Mörders. Pfui Teufel! Wahrlich, die Schamröte muß jedem Proleten ins Gesicht steigen, wenn er die reine rote Farbe der Freiheit gepaart sieht mit dem pfäffischen Schwarz und dem Krämergold, wenn er marschiert in Reih und Glied mit den Rinaldos der Kinderseelen und Arbeitergroschen, den Kultur- und Wirtschaftsreaktionären unsrer „freiesten Republik".

Man muß das Machwerk des Reichsschulentwurfs studieren, um unsre schrankenlose Entrüstung über diesen „göttlichen" Schacher zu verstehen. Wir wollen das wesentlichste unsern Lesern vor Augen führen.

Der **„Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen"**, (so nennt sich verschämt dieses reaktionärste aller Schulgesetze) wird von der sächsischen Lehrerorganisation charakterisiert als **das Ende der Staats-Schule, die Auslieferung der Schule an die Konfessionen, die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht.** Von der Staats-Schule, wenn man es richtig verstehen wollte: Der Weltlichkeit des gesamten Unterrichts kann auch seitens der Revolution nicht die Rede sein. Selbst die „geniale" Schöpfung der Volkskammer mit sozialdemokratischer Mehrheit: das vor der Reichsverfassung verabschiedete Uebergangsschulgesetz, hat die Staats-Schule in diesem Sinne nicht gebracht. Katholische und evangelische Schulen bestehen in Wirklichkeit noch nebeneinander, der Religionsunterricht ist nicht beseitigt und wird selbst von sozialdemokratischen Lehrern erteilt. Zwar hat die Sozialdemokratie große Kulturtage abgehalten, letzten Endes war man aber doch heilfroh, in dem allerdings doch recht unbequemen Erfurter Programm den Satz zu finden: Religion ist Privatsache. Die deutsche Arbeiterschaft weiß durch Marx, daß Kulturfragen Machtfragen sind, daß kommunistische Manifest spricht sich darüber deutlich genug aus. Und gerade die Verbindung der Zollpolitik mit der Schulpolitik des Zentrums beweist das zur Genüge. Also, die „Staats-Schule", die Schule der Weltlichkeit des Unterrichts, die allein die Revolution uns hätte bescheren können, ist nicht da, und braucht darum auch nicht beweint zu werden. Aber der Vorstoß der machthungrigen Klerikal, die noch 1919 sich so lebhaft für die Trennung von Staat und Kirche einsetzte, beweist, daß Kapitalismus und Kirchenchristentum sich so wohltuend ergänzen und ihre Machtpositionen zu stützen geeignet sind. Der Proleten, von den Dawes-Kapitalisten des In- und Auslandes bis aufs letzte ausgeplündert, muß vom christlich beaufsichtigten und erzogenen Lehrer vom ersten Schultage an eingeimpft erhalten: und geht dirs noch so schlecht auf Erden, im Himmel wird belohnet werden. Darum muß die gesamte Unter-